



An den  
Präsidenten des Landtags  
Nordrhein-Westfalen  
Herrn André Kuper MdL  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
18. WAHLPERIODE

**VORLAGE**  
**18/1664**

A06

22. September 2023

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

anbei übersende ich Ihnen den von Frau Blask MdL von der Fraktion der SPD erbetenen Bericht („Teilnahme NRWs an der EU-Ausschreibung zur Dekodierung von Falschinformationen?“) für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 26. September 2023.

Ich bitte Sie, den Bericht an den Ausschussvorsitzenden weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

  
Nathanael Liminski



**Bericht**  
**des Ministers für Bundes- und Europangelegenheiten,**  
**Internationales sowie Medien und Chefs der Staatskanzlei**

**für den**  
**Ausschusses für Europa und Internationales im Landtag Nordrhein-Westfalen**  
**zum Thema**

**Teilnahme NRWs an der EU-Ausschreibung zur Dekodierung von Falschinformationen**

- 1.) Wird es Bewerbungen aus Nordrhein-Westfalen für die EU-Ausschreibung zur Identifizierung und Analyse der Narrative von Falschinformationen in Bezug auf den Angriff Russlands auf die Ukraine, Gender-basierte Desinformation sowie die Einflussnahme bei Wahlen geben?**

Seitens der Landesregierung wird es keine Bewerbungen für die o.g. Ausschreibung geben. Da es sich um eine öffentliche Ausschreibung handelt, ist der Landesregierung nicht bekannt, inwieweit es Bewerbungen von anderen Stellen in Nordrhein-Westfalen gibt; insbesondere mit Blick auf die Tatsache, dass das Ende der Bewerbungsfrist in den Zeitraum zur Beantwortung des Berichtswunsches fällt (22. September 2023). Auch von der ausschreibenden Stelle waren daher kurzfristig keine Informationen zu erhalten.

- 2.) Was plant die Landesregierung, um der Demokratie-schädigenden Wirkung von Falschinformationen rund um die Europawahlen zu begegnen?**

Die Landesregierung arbeitet an der Erstellung eines ressortübergreifenden Aktionsplans gegen Desinformation, der das Thema im Rahmen eines Handlungskonzeptes grundlegend angehen soll. Dies schließt langfristige Projekte ebenso ein wie kurzfristigere Maßnahmen, die bereits im Vorfeld der Europawahlen im Juni 2024 greifen können.

Konkret geplant ist z.B. eine Veranstaltung zum Thema Desinformation im Zusammenhang mit den Europawahlen in der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund im Februar kommenden Jahres mit Herrn Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien Dr. Mark Speich.

Bereits jetzt fördert die Landesregierung zudem eine Reihe von Maßnahmen, die Medien- und Demokratiekompetenz verbinden und so einer demokratieschädigenden Wirkung von Desinformation vorgeifen. Dazu zählen z.B. der Themenschwerpunkt „Digitale Demokratiekompetenz“ der Landeszentrale für politische Bildung NRW ([www.politische-bildung.nrw.de/digitale-medien/digitale-demokratiekompetenz](http://www.politische-bildung.nrw.de/digitale-medien/digitale-demokratiekompetenz)) und die Jugendredaktion „Salon 5“ ([www.salon5.org](http://www.salon5.org)), die auf innovative Weise demokratische Bildung mit der Förderung journalistischer Kompetenzen verknüpft.

Da es wichtig ist, die Wirkweise von Desinformation zu verstehen, fördert die Landesregierung zudem selbst das Forschungsprojekt „Desinformation als Mittel politischer Destabilisierung und hybrider Kriegsführung in der EU und politische Handlungsempfehlungen für Deutschland und Europa“ an der Universität Münster, dessen Ergebnisse zeitnah vorliegen werden.

Eine zentrale Rolle innerhalb der Aktivitäten der Landesregierung gegen Desinformation spielt neben der Prävention im Sinne von Medienkompetenz die Unterstützung eines qualitativ hochwertigen Journalismus als Gegengewicht zu Desinformation. Hier fördert die Landesregierung z.B. das Bonn Institute für Journalismus und konstruktiven Dialog. Dieses wird getragen von Gesellschaftern aus der Branche: Der Deutschen Welle, der Rheinischen Post, von RTL und dem Constructive Institute in Dänemark. Gemeinsam mit weiteren Medienunternehmen arbeitet das Bonn Institute in verschiedenen Formaten daran, staatsfern Innovationen im Journalismus voranzutreiben. So beispielsweise über das „b° future festival“, das im September dieses Jahres erstmals stattfand und in Bonn Medienschaaffende sowie Bürgerinnen und Bürger zusammenbrachte, damit sie gemeinsam über die Zukunft des Journalismus diskutieren konnten. Grundsätzliches Ziel des Bonn Institute ist es, den Journalismus lösungsorientierter, perspektivenreicher und auf die Interessen der Menschen hin fokussierter zu gestalten.